Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 14.12.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Diabetes in Schleswig-Holstein und Initiative für einen Nationalen Diabetesplan

Wenn wir eine gewisse Dunkelziffer einbeziehen, dann sind deutschlandweit fast 10 Millionen Menschen von Diabetes betroffen. Wie viele Erkrankte hier in Schleswig-Holstein leben, können wir nur grob schätzen. Um als Landespolitiker genauer zu wissen, welche Ausmaße diese Krankheit in ihren verschiedenen Ausprägungen hat, bitten wir die Regierung erst einmal um eine Bestandsaufnahme. Dabei sollten wir uns allerdings auch nichts vormachen. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass die Zahl der Betroffenen auch hier erschreckend hoch ist.

Unabhängig vom tatsächlichen Ausmaß des Problems in Schleswig-Holstein interessiert uns selbstverständlich auch, welche konkreten präventiven Maßnahmen hier im Land zur Krankheitseindämmung laufen. Um es ganz klar zu sagen: Ich halte eine genaue Bestandsaufnahme für eine Grundvoraussetzung, wenn wir in dieser wichtigen Angelegenheit wirklich vorankommen wollen. Und ich hoffe sehr, dass niemand hier ernsthaft etwas dagegen einzuwenden hat.
Einen ganz wesentlicher Punkt in Sachen Diabetes, auf den wir auch im Antrag hinweisen, sollten wir uns alle bewusst machen: Schon heute haben wir es in diesem Bereich mit einer jährlichen Kostensteigerung in Milliardenhöhe zu tun. Für 2012 beziffern Experten diese Steigerung auf 1,8 Milliarden Euro. Diese immensen Summen sind von der gesamten Gesellschaft zu tragen – was die Sache im Übrigen nicht weniger ärgerlich

macht. Ich will gar nicht behaupten, dass Land und Bund in der Vergangenheit geschlafen haben. Aber wenn wir es jährlich mit fast 300.000 Neuerkrankungen zu tun haben, dann ist hier offensichtlich noch nicht genug passiert.

Allein schon mit Blick auf diesen finanziellen Aspekt lässt sich doch nicht ernsthaft daran zweifeln, dass verstärkte Bemühungen im Kampf gegen Diabetes sinnvoll sind. Von der Vermeidung von menschlichem Leid durch Diabetes und die vielen Akut- und Folgeerkrankungen ganz zu schweigen. Für den SSW ist deshalb völlig klar: Wenn wir heute in Früherkennung oder in Präventionsmaßnahmen investieren, wird es uns mittel- bis langfristig nicht nur enorme Folgekosten sparen, sondern auch die Lebensqualität vieler Menschen deutlich verbessern.

Ich denke, dass alles ist Grund genug, um endlich den seit Jahren geforderten Nationalen Diabetesplan zu erstellen. Wir bitten die Landesregierung darum, eine Bundesratsinitiative mit genau dieser Zielsetzung zu ergreifen. Die Inhalte dieses Diabetesplans, die wir in unserem Antrag grob auflisten, sind natürlich nicht zufällig gewählt. Ein Diabetes-Register, ein Versorgungskonzept oder eben Präventionsmaßnahmen und Behandlungsinitiativen entsprechen den Empfehlungen von Fachleuten auf diesem Gebiet. Dies sind alles absolut sinnvolle und mittlerweile auch dringend notwendige Maßnahmen. Das zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen der 17 europäischen Länder, die schon einen Nationalen Diabetesplan haben. Insbesondere im wichtigen Bereich der Früherkennung sind uns diese Länder weit voraus. Aus Sicht des SSW ist es beschämend, dass Deutschland hier so weit hinterher hinkt.

Es ist über 10 Jahre her, dass die Weltgesundheitsorganisation Nationale Diabetespläne zur Bekämpfung dieser Volkskrankheit gefordert hat. Und die entsprechende Empfehlung der Europäischen Union liegt uns auch schon seit 5 Jahren vor. Passiert ist bisher viel zu wenig. Das muss sich dringend ändern. Durch einen Nationalen Diabetesplan können wir endlich das notwendige öffentliche Bewusstsein für dieses Problem schaffen. Wesentliche Faktoren zur Vermeidung von Diabetes - wie etwa Ernährungsgewohnheit und Lebensstil - lassen sich am effektivsten in frühen Kindesjahren beeinflussen. Hier ist Aufklärungs- und Präventionsarbeit gefragt. Genau hier wünschen wir uns deshalb verstärkte Bemühungen. Und ich wiederhole mich da gerne: Es geht nicht in erster Linie um die Vermeidung der enorm hohen Folgekosten. Es geht hier um gesteigerte Lebensqualität für Millionen von Menschen in Deutschland.